

System Tönnies: Zwei Betten, drei Männer, horrende Mieten

Seit Jahren schon benennt Volker Brüggjenjürgen die brutalen Missstände im System der Werkvertragsarbeiter. Mit der Tönnies-Krise wacht die Gesellschaft plötzlich auf und hört zu, endlich. Derweil sieht der Caritas-Vorstand bereits Probleme in einer neuen Dimension.

Nicole Donath am 02.07.2020 um 05:30 Uhr



Wuchermieten für kleine Bruchbuden – auch das ist Teil des Systems von Werkverträgen. Foto: dpa (© dpa) Kreis Gütersloh. In diesen Tagen ist Volker Brüggjenjürgen ein gefragter Interviewpartner. Deutschlands größte Fernsehsender und Nachrichtenmagazine wollen O-Töne des 56-Jährigen. Sogar die Washington Post hat ihn zitiert und auch Journalisten der BBC sind eigens nach Rheda gekommen, um mit ihm zu sprechen; im Hintergrund die glücklich lachende Tönnies-Kuh auf dem Firmendach.

„Das Leid dieser Arbeiter ist einfach nur beschämend“

Indes, was der Caritas-Vorstand heute berichtet, all die unhaltbaren Zustände, unter denen die rumänischen, bulgarischen oder polnischen Werkvertragsarbeiter hier leben und arbeiten, wie sie leiden, wie sie ausgebeutet, benutzt und schließlich weggeworfen werden – all diese Geschichten sind alt. „Die hätte ich vor zwei, drei Jahren schon genauso erzählen können“, sagt Brüggjenjürgen. Hat er auch, aber nur wenige wollten sie hören. Verbittert ist er deshalb nicht. Eher freue er sich, dass die Gesellschaft jetzt drauf gucke; wenigstens jetzt. Corona als Brennglas der Krise.



Volker Brüggjenjürgen (56), Caritas-Vorstand, hat sich schon vor Jahren den Werkvertragsarbeitern angenommen. Jetzt will er helfen, den Übergang zu organisieren und zu helfen. Foto: Nicole Donath (© Nicole Donath)

Vor fünf Jahren hat Brüggjenjürgen seine Arbeit aufgenommen und bietet seitdem zusammen mit dem Team der Caritas Beratungen für die Werkvertragsarbeiter an. In Gütersloh, Herzebrock, Langenberg, Rietberg und Rheda. Einen

Augenblick denkt er nach, überschlägt die Zahlen im Kopf. Dann schätzt er: „Zehntausend Gespräche dürften es bis heute wohl gewesen sein. Und alle miteinander haben wir seitdem so viel Leid gesehen, so viel Schlimmes gehört – es ist einfach nur beschämend. Ja, beschämend.“

Volker Brüggjenjürgen legt die Hände auf den Tisch und erzählt. Zum Beispiel von den drei bulgarischen Arbeitern, die sich ein Zimmer von 15 Quadratmetern teilen. Drinnen stehen zwei klapprige Betten und ein weiteres Feldbett, dem das Lattenrost fehlt. Manchmal würde eine Schlafstelle auch an zwei Männer vergeben. „320 Euro werden ihnen im Monat dafür vom Lohn abgezogen“, sagt Brüggjenjürgen dann. „Also jedem einzelnen. Dabei bekommen diese Menschen höchstens 1.200 Euro, nachdem sie mehr als 200 Stunden schwerste körperliche Arbeit verrichtet haben. Von den Vorarbeitern werden sie dabei angeschrien und angetrieben.“

Für die Subunternehmer, die nicht nur den Arbeitsplatz vermitteln, sondern auch die Unterkünfte, mache das mal eben 960 Euro – allein für ein Zimmer. Aber weil die Arbeiter in ihren Heimatländern nur 300 bis 500 Euro im Monat verdienen würden und sich hier zudem in einer doppelten Abhängigkeit befänden, hielten sie durch. Der Caritas-Vorstand schüttelt den Kopf. „Man schämt sich so, wenn man das sieht“, sagt er wieder. „Denn wir alle leben ja in dieser Gesellschaft, die dieses System toleriert. Indem wir essen, was wir essen. Indem wir kaufen, was wir kaufen. Indem wir wegsehen.“

Volker Brüggjenjürgen kennt noch viele weitere Schicksale, sie alle gleichen sich. Da ist die Frau, die im Mutterschutz war, und die in der Kälte nicht arbeiten und auch nicht schwer heben durfte. „Aber allen, die nicht zur Arbeit kommen, wird die Miete pro Tag um zehn Euro erhöht“, berichtet der Caritas-Vorstand über das perfide System. Bei der Durchsicht der Lohnabrechnungen sind dem Familienvater außerdem weitere Abzüge aufgefallen. „22 Euro Schuhpauschale“, zitiert er aus den Unterlagen. „Manchmal sind da auch Arbeitsmittel oder Putzzeug genannt.“ Brüggjenjürgen zieht die Augenbrauen hoch. „Reine Willkür“, sagt er. „Aber deshalb ist dieses System auch nicht reformierbar“, stellt er fest. „Nein, es muss komplett neu gestaltet werden.“ Allein der Weg dorthin birgt viele Herausforderungen.

Wahre Zahl der Werkvertragsarbeiter gar nicht bekannt

Dass Clemens Tönnies jetzt erklärt habe, vom System der Werkvertragsarbeiter abzurücken, dass der Bundestag wohl bald ein entsprechendes Gesetz verabschiede, welches diese Art von Menschenhandel verbiete, sei die eine Sache, erklärt Volker Brüggjenjürgen. Jetzt gelte es aber, den Übergang zu gestalten, und den Menschen aus Rumänien, Bulgarien oder Polen zu helfen. Sprachförderung, annehmbarer Wohnraum, eine höhere Teilhabe in der Gesellschaft, bessere Bildungschancen für die Kinder – all das sind nur einige Aspekte, die ihm auf Anhieb einfallen. „Vor allem aber müssen wir jetzt und sofort damit starten“, fordert er eindringlich.

Die nächste Frage sei dann, was mit dem gewerblichen Wohnungsmarkt geschehe. „Diese Wohnungen sind allesamt im Bestand der Subunternehmen. Aber Wuchermieten, katastrophale Hygieneschutzmaßnahmen, menschenunwürdige Zustände – all das darf sich nicht wiederholen“, setzt Brüggjenjürgen nach. Damit werde allerdings auch deutlich, dass es nicht allein mit einer Änderung der Arbeitsverträge getan sei, sondern es müssten darüber hinaus gesetzliche Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden. Am Ende, so der 56-Jährige weiter, stehe schließlich die soziale Integration. „Bislang sind hier vor allem die Kinder die Leidtragenden – aber von denen spricht momentan ja gar niemand.“

Volker Brüggjenjürgen trinkt einen Schluck Kaffee und sortiert seine Gedanken. In seiner Rolle als Fraktionschef der Grünen im Rat von Rheda-Wiedenbrück hat er am Montag eine Anfrage gestellt; eine ausreichende Antwort stehe noch aus. Sein Anliegen: Offenbar gibt es im Kreis Gütersloh eine hohe Anzahl an Wohnungen und eine noch höhere Anzahl an Werkvertragsbeschäftigten als die, die bislang bekannt sind. „Ich schätze, es sind zwischen 1.000 und 1.500 Menschen, die sich hier zurzeit illegal aufhalten“, sagt Brüggjenjürgen. „Jeden Tag entdecken wir neue Wohnungen, die uns nicht bekannt waren. Das heißt, wir haben hier Kinder, die nicht in eine Kita gehen oder eine Schule besuchen. Wir haben Familien ohne Krankenversicherung. Menschen ohne soziale Anbindungen und Versorgung. Und letztlich“, so der Caritas-Vorstand, „muss man auch fragen, was das für die Pandemiebekämpfung bedeutet, und inwiefern diese Illegalität auch Prostitution oder Menschenhandel mit sich bringt. Wir sind da in großer Sorge.“

Volker Brüggjenjürgen zieht die Luft tief ein. Gerade hat er von einer Familie in Quarantäne erfahren, der Lebensmitteltüten von Tönnies vor die Tür gestellt wurden. „In den Tüten waren Salat und Kartoffeln“, sagt er. „Wer auch immer diese Tüten vor die Türen gestellt hat – derjenige hat das Fleisch und andere Dinge vorher herausgenommen. In der Konsequenz gehen diese Familien trotz ihrer Quarantäne also in den Supermarkt, weil mindestens mal ihre Kinder nicht allein von Salat und Kartoffeln leben können.“ Die Missstände, die es abzuschaffen gilt, sind so viele und auch so groß. Aber Volker Brüggjenjürgen kämpft weiter. „Bloß keine destruktive Energie zulassen“, betont er. „Man darf nie gegen etwas kämpfen, immer für etwas. Für das Bessere.“